

Stand-up-Tragedy



Es ist so ein bisschen wie mit diesen Weihnachtessen: Man macht es nicht, weil es im Advent sowieso allen zuviel wird. Und hat dann im Januar das Geschenk. Allerlei «Jahresapéros», Neujahrsanlässe, Ausblicktagungen, Retraiten und so. Darum habe ich mir fest vorgenommen, NICHTS über Donald Trump (das ist jetzt der Präsident der Vereinigten Staaten!) zu schreiben. Nun gibt es allerdings gute Gründe, dies gleichwohl zu tun. Es ist nämlich so, dass man sich zu den Abstimmungsvorlagen reichlich und rege austauscht. Immerhin wissen wir jetzt, dass 60 Prozent der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher einen «Migrationshintergrund» haben (ich stolzerweise auch) und dass wir alle nicht wissen können, was wir für die USR III bezahlen werden. Aber immerhin, dass. Darum beschliesse ich meinen obligaten Mobilisierungssappell mit einem überparteilichen Wunsch an alle meine Winterthurer Gympi-Gschpänli: Christa Meier in den Stadtrat!

So, und jetzt also zu «the Donald»: Offenbar haben ja auch schon andere US-Präsidenten mit Dekreten zu regieren versucht. Man liest ja viele brillant überflüssige Analysen über diese Stand-up-tragedy. Und doch

neige ich langsam etwas zur Beunruhigung. Es ist ja so: Man sollte in der Politik nicht immer alles allzu ernst nehmen. Es gibt viele mühsame, aber intellektuell oder gar emotional durchaus spannende Kontroversen beim Legiferieren. Und doch ist mir das Experiment im Oval Office eine Nummer zu gross, um einfach nur interessant zu sein. Bleiben wir zunächst positiv: Der Mann macht genau das, was er im Wahlkampf gesagt hat. Das sind also keine

Welche der viel herbeizitierten «Weckrufe» braucht es denn noch, um zu begreifen, dass die Welt keine interaktive elektronische Spielwiese ist?

«alternativen Fakten», sondern eine angekündigte Fahrt durch die Geisterbahn. Wieso um alles, was uns lieb ist, haben die AmerikanerInnen dieses Irrlicht gewählt? Welches Dekret kommt morgen? Der Typ hat im Wahlkampf immerhin auch die Frage aufgeworfen, weshalb man Atomwaffen habe, wenn man sie ja dann doch nicht gebrauchen könne. Hilfe! Welche der viel herbeizitierten «Weckrufe» braucht es denn noch, um zu begreifen, dass die Welt keine interaktive elektronische Spielwiese ist? Die Freiheitsstatue weint. Und mit ihr die Welt.

Aber vielleicht können wir sie ja hier ein klein wenig besser machen. In der Einsicht, dass Vernunft, Frieden, Gemeinsinn und Rechtsstaat keine Roulettekugeln sind. Oder anders: Wie schrecklich muss die Welt werden, damit wir sie retten? Es gibt sie also noch, die Momente, wo man sofort den JUSO beitreten möchte. Wenn man nicht schon 46 wäre. Also zitieren wir immerhin Hölderlin: «Denn wo Gefahr ist, da wächst das Rettende auch.»

Martin Naef
Nationalrat SP

Papierläusländer einbürgern!



Den Vogel schoss Lügen-Bigler ab, am Montag in der «Krone» in Üetikon. Für die erleichterte Einbürgerung, ja, da sei er ja schon dafür. Aber dass dann die Gemeinden nicht mehr individuell entscheiden könnten, das gehe natürlich nicht. Föderalismus. Darum empfehle er ein Nein, entgegen seiner Partei.

Absurd. Denn gerade die Harmonisierung der Einbürgerungsbedingungen ist der Kernpunkt der erleichterten Einbürgerung. Es gibt keinen Automatismus. Die Möglichkeit, dass Gemeinden zum Beispiel eine fehlende Integration monieren, bleibt. Bei der Abstimmung am 12. Februar geht es ganz banal darum, dass die gleichen Kriterien gelten sollen für alle Einbürgerungswilligen der dritten Generation in der ganzen Schweiz. Keine lokalen Zusatz-Eintrittsgebühren in die Volksgemeinschaft. Und keine unzeitgemässen Wohnsitzfristen einzelner Gemeinden. Denn die haben absurde Folgen. Die mehrjährige Wartefrist fürs Einbürgerungsgesuch beginnt neu, wenn jemand von Oberägeri nach Unterägeri zügelt oder von Berg am Irchel nach Buch am Irchel, um im Kanton Zürich zu bleiben.

Bevor wir uns aber über den Chef-Propagandisten des Gewerbeverbands lustig machen oder gar uns freuen,

dass er nicht die Burka-Masche spielt... er könnte am 12. Februar zu den Gewinnern gehören. Denn die neusten Umfragen zeigen nicht nur einen Vorsprung für die Minireform. Sondern vor allem einen massiven Trend hin zum Nein. Setzt er sich fort bis zum Abstimmungssonntag, dann könnte das erfreulich greifbar gewordene NEIN zur USR III versalzen werden durch eine erneute Ohrfeige an jene MitbürgerInnen, die man treffend mit einem einzigen Wort beschreiben kann: Papierläusländer.

Bitter: die beiden Resultate könnten gar einen Zusammenhang haben. Wir GegnerInnen der USR III argumentieren nicht nur damit, dass diese den für alle schädlichen Steuerdumpingwettbewerb zwischen den Kantonen massiv anheizt. Wir sprechen auch von den bösen internationalen – sprich ausländischen – Konzernen, die unseren hiesigen Mittelstand für neue

Es darf nicht sein, dass die erleichterte Einbürgerung von Papierläusländern das Bauernopfer wird für den Abstimmungssieg gegen die USR III.

Steuerschulpflocher bluten lassen. Das kommt an. Die Kommentarspalten der Online-Medien sprechen Bände. Wo sonst gegen die Ausländer gehetzt wird, hetzt es jetzt gegen das ausländische Grosskapital.

Möglich, dass nur so

diese zentrale Abstimmung zu gewinnen ist. Aber dann haben wir Links-Grüne, gerade in der Deutschschweiz, welche die letzte Einbürgerungsvorlage für die dritte Generation versenkte, die verdammte Pflicht, uns auch hier zu engagieren. Damit die Papierläusländer nicht zum Bauernopfer für den Erfolg gegen die Steuerdumpingpolitik werden.

Balthasar Glättli
Nationalrat Grüne